

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1,20 Mark, vierteljährlich
3,60 Mark, durch die Post 3,80 Mark
auswärtig einschließlich der Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im ein-
maligen Zeitungs-Verzeichnis unter
„Sozial-Zeitung“ eingetragen. Für un-
gewöhnlich eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
„Sozial-Zeitung“ gestattet.
Vertrieb der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1149,
der Bezug-Abteilung Nr. 1183,
Postfach-Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gepostete Kolonnenbreite
oder deren Raum mit 20 Pfg. berech-
net und in unseren Anzeigenschriften
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 Mitt.
Schluß der Anzeigen-Annahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Adressen-
änderungen von Anzeigenschriften, soweit
dieser zuzulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Anzeigen-Geschäfts-
stelle: Halle, Dr. Braunhauserstraße 17,
Lieben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 473.

Halle, Dienstag, den 9. Oktober

1917.

Die Erfolge der Defensivtaktik.

**Fast 14000 Gefangene an der Westfront — 4 Geschütze, 41 Minenwerfer
und 483 Maschinengewehre erbeutet.**

Wir Anderen.

Von Dr. Schreiber, Halle.

Als der Weltkrieg noch fern war, da gab es wohl in deutschen Landen Gruppen und Vereinigungen, die da meinten, eine besonders gearbete Vaterlandsliebe für ihre Angehörigen in Anspruch nehmen zu können. Es gab Leute, die sich nicht scheuten, die deutsche Arbeiterkraft und gelegentlich auch große Teile des Bürgertums für vaterlandlos oder doch inder vaterländisch zu erklären, weil diese das eine oder andere Ziel nicht zu den ihren machten, das jene aus der Fülle der Probleme gerade als das wichtigste und das allein selbstmachende herauszuheben beabsichtigten. Nach dem unfehlbaren Seherbild jener Schwärmer war das Vaterland höherem Untergang geweiht, wenn sich nicht alle „vaterländisch“ und „deutsch“ empfindenden Bürger gerade ihrer Führung aus dem „Sumpfe deutschen Niedergangs“ anvertrauten. Und als dann der große Sturm losbrach, als in den Augusttagen 1914 ganz Deutschland wie ein Mann aufstand, in gleichem vaterländischen Pflichtgefühl dem Rufe seines Kaisers folgend nicht zu Eroberungen zwar noch aber zur Verteidigung seiner Freiheit und seiner Ehre, da mußte auch der Dünkelhafteste erkennen, daß nun, wo nur die Tat etwas wert war, es was wirklich galt, nicht nur er selbst sondern jeder seiner Volksgenossen gleich ihm bereit war, seine Liebe zu Volk und Vaterland nicht nur Sache oder wenigstens nur, die Vaterlandsliebe bisher in Ehrpact zu haben sich vermaßen, sondern Gemeingut eines ganzen kaiserlichen Volkes. Möchten die Wege noch so verschteden sein, die der einzelne zum Ziele wählte, ein jeder mußte erkennen, daß auch der andere nur das eine Ziel hatte, sein Vaterland groß und glücklich zu sehen. Söhnungslos haben wir diese Überzeugung von der Kameradschaft im vaterländischen Wesen herausgeholt aus den Schützengräben in Ost und West als etwas Bestimmtes deutscher Zukunft. Neue politische Gestaltungen, selbstverständliches Gemeingut aller ansässigen Leute!

Das war der frohe Blick auf die innerpolitische Entwicklung des deutschen Volkes, den das Hochgefühl der Augusttage 1914 bot. Und was brachte die Zukunft! Genau wie damals haben auch heute noch Männer und Frauen, Schwache und Greise einmütig zusammen in dem festen Entschluß, Deutschlands Freiheit und Ehre bis zum äußersten zu verteidigen gegen die gesamte Welt. Kein Mensch denkt daran, daß Deutschland sich für bester erklären und Bedingungen der Feinde annehmen soll; jedermann ist entschlossen weiterzukämpfen, wenn es den gemeinsamen Bemühungen von Regierung und Reichstag nicht gelingt, schon jetzt für uns einen guten Frieden zu erlangen, und jedermann ist wie in den ersten Tagen zu Kriegsbeginn überzeugt, daß Deutschlands Zukunft gesichert ist, auch wenn es gezwungen wird, weitere Opfer zu bringen und weiter zu kämpfen, bis die Gewalt unserer Waffen den Feinden den Frieden diktieren kann.

Über etwas ist seit jenen Augusttagen anders geworden! Erst kamen die Forderungen, die sich einbrachten, nur die Feinde oder die Feinde der Feinde zu sein, die das eine, vaterlandsliebende Deutschland nicht gekannt hatte. Und als man dem Rufe dieser wenigen nicht folgte, da beschloß man sich nicht etwa im Interesse der Einigkeit damit, in sachlicher Erörterung für seine abweichende Meinung zu streiten, sondern man schiedte sich an selbstverständlich nur aus vaterländischem Verantwortungsgefühl — mitten im Weltkriege das Ansehen der Regierung in einer Weise zu unterstützen, wie es im Frieden selbst der Radikalfaktion unternommen hätte. Und da derzeit alle Fremde zu finden pflegt, der viel verspricht, je mehr die Zahl derer, die wieder wie einst im Mittelalter der Vaterlandsliebe sich während dem Untergang des Vaterlandes weigerten, wenn man nicht ihren Ratighalten und Wünschen ohne jede Einschränkung folgt. Nach mehr als drei Jahren Weltkrieg sind wir nun glücklicherweise so weit in deutschen Landen, daß ein Teil unserer Mitbürger alle anderen dadurch schwächt, daß er für sich eine höhere Art Vaterlandsliebe in Anspruch nimmt, als sie wir anderen besitzen. Was man denkt,

WTB. Berlin, 8. Oktober. Die deutsche Heeresleitung gibt die gewaltige Zahl der an der Westfront gemachten Gefangenen und eingebrachten Beute für Juli bis September bekannt, woraus klar hervorgeht, daß Hindenburg trotz defensiver Taktik an dieser Front ungeheure Erfolge erzielte. In der genannten Zeit find von den Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 337 Offiziere und 13512 Mann als Gefangene etabliert worden. 41 Minenwerfer und 483 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände. Ferner wurden 4 Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 8. Oktober abends. (Amtlich.)
Im Westen nur an der flandrischen Front Genetkämpfe wechselseitiger Art.
Im Osten nichts von Bedeutung.

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 8. Oktober. Amtlich wird veröffentlicht: Am Morgen fekte an verschiedenen Stellen das Artilleriefeuer härter auf. Besondere Etageren erfolge es auf der Hochfläche von Rainitz-Heiligen-Gebell. Im Infanteriekampfen kam es nur im Gabriel-Abchnitt, wo um Mitternacht italienische Posten abgewiesen wurden. Sonst nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Die staatsrechtliche Stellung des Reichslandes.

Berlin, 8. Oktober. In der vertraulichen Besprechung, die der Reichstag in der elfsch-lothringischen Abgeordneten und den Führern der verschiedenen Parteien am Sonnabend über die elfsch-lothringische Frage gehabt hat, sollen, wie heute im Parlamente verlautet, bestimmte Erklärungen über die künftige staatsrechtliche Gestaltung des elfsch-lothringischen nicht abgegeben worden sein. Der Kanzler soll nicht mehr lediglich erklärt haben, daß die Verhandlungen zwischen den Bundesstaaten über die Umwandlung der Reichslande in einen selbständigen Bundesstaat im Gange seien und eifrig fortgesetzt würden. In politischen Kreisen nimmt man mit Bestimmtheit an, daß diese Lösung der elfsch-lothringischen Dinge nicht vor Ende des Krieges verwirklicht werden soll und wird.

Der Nachtgesetz im Hauptauschuss angenommen.

WTB. Berlin, 8. Okt. Der Hauptauschuss des Reichstags hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Nachtgesetz angenommen.

Die argentinische Krise spitzt sich zu.

Bern, 8. Oktober. Der „Agencia Americana“ zufolge wird die innerpolitische Lage Argentiniens zulehends kritischer. Die großen Tabakfabriken in Buenos Aires sind nun ebenfalls in den Streik getreten.

Uruguay gegen Deutschland.

c. B. Montevideo, 7. Okt. (Privattelegramm.) Havas meldet: Die Kammer nahm mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen. Berlin, 8. Oktober. Infolge der Spannung der deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattache der hiesigen peruanischen Botschaft Hauptmann Guerrero telegraphisch um seine Ablösung gebeten.

Der Schiffsverkehr auf dem Suezkanal um rund 60 Prozent gestunken.

Berlin, 8. Oktober. (Privattelegramm.) Nach einer Meldung der englischen Zeitung „Economist“ betrug der gesamte Schiffsverkehr im Suezkanal in dem am 30. Juni 1917 abgelaufenen Jahre 4257 000 Tonn. gegenüber 10 844 676 Tonn. in dem am 30. Juni 1914 abgelaufenen Jahre. (Letzte Depeschen Rede auch Seite 4.)

gar nicht, wie man durch solche Agitation uns an der Seite verriet, die ebenso wie die Mitglieder der Vaterlandspartei jederzeit bereit waren und bereit sind, für Deutschlands Zukunft das Neueste zu tun! Wer mocht sich das Recht an, Deutschen, indem man sie als weniger deutsch und vaterlandsliebend verächtlich zu verachten, auf anderen Wegen das Glück ihres Vaterlandes zu finden als die Angehörigen einer bestimmten Partei, die genau so wenig Ursache als irgend jemand sonst hat, ihre Ansicht und Meinung als die unfehlbar richtige und allein selbstmachende vaterlandsliebend aufzutragen! Man verfolge Kriegsgelüste und man propagiere Kampfmethoden und Friedensworte, welche man will, aber man lasse endlich ab von der unanständigen Meinung, diese Ziele zu erreichen, indem man andere Leute, deren Herz ganz offen für Deutschlands Größe und Zukunft schlägt, als minderwertig und minder vaterländisch zu bezeichnen wagt! Um Deutschlands Größe und Zukunft willen, die wir nicht nur auf diesem Kampf und Streit. Alle Deutschen haben von diesem Jahre gemeinamen Kampfes und Ringens an Leben und Tod gleichermassen das Recht auf unangefochtene Führung ihrer Heeresleitung und Führung. Das ist der einigende Gedanke aus dem ersten Kriegstage und ihn sollte die deutsche Vaterlandspartei allem anderen vorantstellen, ihn sollte sie neu beleben, indem sie ohne verlebende Angriffe auf die Volkserrettung und große Teile des Volkes die Notwendigkeit weiteren Aushaltens und weiteren Kampfes darlegt. Nicht durch harte Rechte haben wir die magische Agitation die Verflüchtigung erweitert, die unser Volk bedroht, sondern die Gegenfrage mit der das Eingende betonen, das wäre die Aufgabe, die einer alle umfassenden Vaterlandspartei würdig wäre, die wirklich die Zusammenfassung unserer ganzen unbestehbaren Volkskraft wie am Anfang lo auch am Ende des gewaltigen Ringens in vaterländischer Sorge erfüllt.

Innere Politik in der Vaterlandspartei.

Königsberg, 8. Oktober. Bei der Gründung der Kreisgruppe der Deutschen Vaterlandspartei in Marienburg äußerte sich der Landeshauptmann Westpreußens, Freiherr v. Enffert von Bilsch, bei der Besprechung der Nachvorlage für den Landtag: „Der Kaiser erteilte mir den Auftrag, die Vorlage auszuarbeiten, hat aber nicht dem Landtage benommen, eine andere Stellung einzunehmen. Aus dieser Zwangslage soll die Regierung befreit werden mit Hilfe der Mehrheit des Volkes, wie sie in der neuen Partei Gesicht gewinnt.“

Es ist der Hauptzweck der sogenannten Vaterlandspartei, die Regierung von allen liberalen Annahmungen zu befreien. Trotzdem aber finden sich immer noch Leute, die ihren Liberalismus in der neuen Partei bewahren zu können meinen.

Fortschrittliche Volkspartei und Friedensfrage.

Nachmittags 3 Uhr unterbrach der Zentralausschuss am Sonntag seine Verhandlungen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Speiseraum des Reichstags wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen mit einem Vortrag des

Hg. v. Payer über die inneren politischen Aufgaben. Der Redner ging auf die innerpolitischen Bedürfnisse und die Möglichkeit ihrer Befriedigung im einzelnen ein und kam etwa zu folgenden Ergebnissen: Die weitere Reform unserer staatsrechtlichen Einrichtungen in fortschrittlichem Sinne dürfe

nicht bis nach dem Kriege aufgeschoben werden. Umgekehrt sei deren Durchführung vorrangig zu sein, um den notwendigen Durchhaltens und eines guten Friedens. Die Reformen müßten aber zuerst auf das Wichtigste und Notwendigste beschränkt. Dazu gehöre vor allem die Einführung des Reichstagswahlrechts für das preussische Abgeordnetenhause und die Vermehrung der über groß gewordenen Reichstagswahlkreise. Diese Reformen seien dann der Freiheit der Wahlen im Volk und bedeuten für Deutschland einen unbeschweren Fortschritt. Die fortschrittliche Volkspartei werde nichts vermögen, um deren vollste Durchführung herbeizuführen. Es bedürfte sei weiter eine vordringliche, sachliche Einmütigkeit der Volksvertretung bei Vorbereitung und Durchführung der Gesetzgebung und bei den wichtigsten Verwaltungsmassnahmen. Das Volk müsse dagegen gedrückt sein, daß die wichtigsten Regierungsposten mit Männern besetzt werden können, die die Volksvertretung nicht feind und zu denen sie kein Vertrauen habe. Aber die Art der Durchführung dieser Reformen im Wege der Gesetzgebung

11 m. Die deutschen Vertreter, Welcher und v. Gneiss, gingen am Dienstag nach Berlin, um den Vertrag von der deutschen Regierung unterzeichnen zu lassen.

Antifisches Dementi.

WTB. Konstantinopel, 8. Okt. In ihrem Bericht vom 1. Okt. geben die Engländer an, einen Sieg bei Manabich am Spahant erungen zu haben. Wenn die Angabe auf Wahrheit beruht, dürfte der Feind nicht seine Truppen zum Spahant nach Sandak zurückziehen, er müßte vielmehr vorzuehen. In Wirklichkeit haben die Engländer ihre Hauptmacht in Richtung Bagdad zurück.

Parlamentarisierungs-Erfolg!

Giesberts, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt?

Die Reichsregierung soll die Absicht haben, den bekannten Arbeiterführer im Zentrum, den Reichs- und Landtagsabgeordneten Giesberts, als Unterstaatssekretär in das neue Reichswirtschaftsamt zu berufen. Die Nachricht erregt nicht ohne ernsthafte Beibehaltung, keineswegs ungläubig. Herr Giesberts ist ein bewährter und führender Zentrumsabgeordneter, der sich schon wiederholt in schwierigen Lagen als geschickter und erfolgreicher Politiker erprobt hat. Die Art, wie er seiner Partei und der Regierung gegenüber ernste sozialpolitische Forderungen durchzusetzen verstanden hat, zeugt für sein Können. Als Redner hat er im Parlament und in den Volksversammlungen fast immer gut abgeschnitten. Im Verkehr mit seinen Parlamentarierkollegen und mit hohen Regierungsbeamten verleiht er keineswegs den einfachen Arbeiter, und auf die Verbindung mit seinen schriftlichen Gewerkschaftsverbänden legt er noch immer das höchste Gewicht. Er ist also ein Mann, der sich in gegenwärtiger Zeit besonders gut zur Übernahme eines hohen Reichsamtens eignet. Auf der anderen Seite ist auch die Reichsregierung offensichtlich bemüht, Vertreter der Arbeiterschaft in ganz anderer Weise als früher zur Beeinflussung und Leitung der Reichsgeschäfte heranzuziehen. Sie hat bereits einen Sozialdemokraten, den Gewerkschaftsführer Dr. Müller, zum Unterstaatssekretär ernannt und einen anderen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Schäfer, in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes, in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes ernannt. Die Ernennung Giesberts zum Unterstaatssekretär würde also nur in der gleichen Linie liegen. Man kann darüber gewiß nur seine Befriedigung aussprechen.

Aber allem Ansehen nach will die Reichsregierung mit solchen Berufungen mehr als eine engere Bekanntschaft mit der deutschen Arbeiterschaft herbeiführen. Sie glaubt jedenfalls, auf diese Weise den Wunsch der Reichstagsmehrheit nach Parlamentarisierung der Regierung erfüllen zu können. Das aber ist sicherlich ein Irrtum. Dadurch, daß der eine oder andere Parlamentarier in die durch und durch bürokratische Beamtenregierung hineingeführt wird, ist keineswegs ein größerer Einfluß der Volkvertretung auf die Regierungsgeschäfte gegeben. Am wenigsten, wenn der 8. 9. der Reichstagswahl nicht aufgehoben wird, der es bekanntlich unmöglich macht, daß ein Parlamentarier gleichzeitig Bundesratsmitglied sein kann. Der Verfassungsausschuß hat sich vorige Woche erst mit knapper Mehrheit für die Streichung dieses 8. 9. entschieden, aber die Reichsregierung hat diesen Beschluß sehr zurückhaltend aufgenommen. Um so weniger wird sich der Verfassungsausschuß und die Reichstagsmehrheit zu der in diesem Falle auch die nationalliberale Partei gehört, durch einige Parteimitglieder in der Regierung darüber hinwegjagen lassen, daß hier nur ein „Parlamentarisierungs-Erfolg“ geboten wird.

Rathenau über Krieg und Frieden.

Bern, 8. Oktober. Das „Berner Tagblatt“ bringt eine Unterredung mit Dr. Walter Rathenau, der zur Zeit in der Schweiz weilt. Rathenau erklärte zunächst, daß in Deutschland kein Kupfermangel bestehe, daß die Erzähungsfrage für den kommenden Winter zu friedenspolitischen Zwecken gelöst werden könne. Die Arbeiterschaft nicht zu klagen habe. Rathenau hat optimistisch über das Durchhalten, besonders auch über Österreich geäußert hatte, kamen folgende Fragen zur Erörterung.

Der Berichterstatter fragt:

„Was halten Sie von den Friedensausichten?“

Rathenau antwortet:

„Die Entente hat einen großen Fehler begangen. Als wir unseren ersten Friedensvorschlag machten, hätte die Entente sagen sollen: Es ist wenig, aber man laßt darauf eingehen und sehen, was weiter zu tun ist. An der äusseren Ablehnung wird es schwer zu tragen und zu verantworten haben, denn ihre militärische Lage ist nicht derart, daß sie in dem Falle war, den Frieden einfach abzuschneiden. Unsere militärische Lage ist viel besser. Ein anderer Fehler ist es, daß Frankreich nun den Krieg rein nach dem Eschschöpfungswille führt, um ein Ziel, das es niemals erlangen wird.“

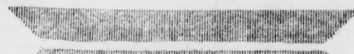
„Wie werte die Ablehnung des zweimaligen Friedensangebotes auf das deutsche Volk?“ fragte der Besucher.

„Schlecht!“ lautete die Antwort. „Wir hatten zum zweiten Male die Hand hingestreckt, und sie haben uns darauf geschlagen. Das hat bezeichnend gemerkt, indem es jene Kreise häßliche, die an Annerzonen und schwere Bedingungen denken. Das ist auch ganz begründlich: Wir werden Mühe haben, diese Volkseinstimmung wieder etwas zu beruhigen, aber der Wille zum Durchhalten ist dadurch ganz enorm gestärkt worden, was gut war. Frankreich hat ungeheuer gelitten; Deutschland ist nur im äußersten Osten schädigt worden, aber Frankreichs Muren sind zerstückelt und zerstört bis weit hinter die Fronten. Dem Sieger liegt zum Teil daran, die Hände festzuhalten. Aus dem Kriege wird Frankreich so sehr geschwächt, daß es vorgehen, daß es auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabfallen wird.“

„Und was denken Sie über die Dauer des Krieges?“

„Da habe ich leider keine Ablehnung unseres zweiten Friedensangebotes (siehe voriges Heft). Wir müssen weiter kämpfen, und wir werden weiter kämpfen. Die ganze Welt wird in Not und Elend getaucht werden müssen, bis endlich die Wölfe sich regen und den Frieden erzwingen. Wir haben

gesehen, was wir konnten. Es war umsonst. Frankreich hat die Parole „Ersatzleistungen“ ausgegeben und wird daran verharren. Dort kommt das Spiel sicher nicht von der Regierung. Einmal das Wort wird den Feinden erzwungen, indem eine in Frankreich üblichen ständigen Volkserhebungen eine Regierung nach der anderen weagt, bis endlich ein Mann aus Ruher kommt, der den Willen des Volkes erfüllt und auf vernünftige Forderungen verzichtet. Aber es kann noch zwei oder drei Regierungen folgen, ehe es tagt.“



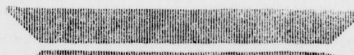
Kein Schwanken und Ueberlegen darf es geben!

Jetzt gilt nur die Tat! —

Wenn jeder einzelne — ausnahmslos — seine höchsten Kräfte anspannt, dann wird auch diese Kriegsangeißel den großen Erfolg haben, den sie haben muß.

Denn nicht mit Granaten allein kann der harte Endkampf ausgefochten werden; erst das erneute Zeichen unsrer ungebrochenen wirtschaftlichen Kraft wird den Ausschlag geben. Nur so zwingen wir unsere Feinde zur Vernunft.

Darum zeichne!



Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Oktober.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich, Graf Kieders, Waltraud.

Vorsitzend Dr. Koepf eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr.

Das Haus nimmt zunächst in allen drei Lesungen einstimmig den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen (Förderung des Grundrisikos durch Übernahme des Hypothekenschuldes) an.

Gleichfalls angenommen wird ohne Erörterung eine Änderung des Reichs-Stempelgesetzes.

Gesetzgebungs-Debatte.

Abg. von Wager (F. Wpl.) beantragt den Nachtragsetz und das Beibehaltungsgesetz vorzunehmen, um beide Verlagen an den Ausschuss zurückzuweisen zu können.

Der Senatorenentwurf sei sich über die Notwendigkeit einzig bewegen. Die Fortsetzung der Interpretations-Besprechungen müsse soweit zurückgestellt und die Vertagung beschlossen werden, bis der Ausschuss sich schlüssig geworden sei.

Graf Welser (Konf.) Ich muß diesen Vorschlägen widersprechen. Das augenblickliche Bild der Reichstags-Verhandlungen muß nach außen die Wirkung erwecken, als ob Konflikte und Spannungen beständen, und das wäre im Interesse des Landes zu beklagen. Die Verhältnisse sind vollkommen geklärt. Ein Bedürfnis für nachträgliche Kommissionsberatungen können wir nicht anerkennen.

Abg. Haase (U. E.) Wer noch den Verhandlungen vom Sonnabend nicht weit genug war, wird mit der Regierung sind, dem ist nicht zu helfen.

Abg. Geert (Soz.) Graf Welser und seine Freunde von der Vaterlandspartei haben die Konfliktstimmung verfaßelt. Wir müssen festhalten und zwar im Hauptausgang, wie wert Mittel des Reiches für die Vaterlandspartei verwendet werden. Wechselt sind die Meinungsäußerungen ganz anders zu treffen. Vertagungen wollen wir nicht.

Abg. Berlin (D. Freil.) Wir können der Vertagung an den Ausschuss nicht zu. Zwischen Nachtragsetz und Interpretations-Besprechungen besteht kein Zusammenhang. Die Vertagung setzt ist an dem Konflikt nicht laud.

Nach nachmaligen Ausführungen des Abg. Grafen Welser (Konf.) beschließt das Haus gegen die Stimmen der Konfessionen und einen Teil der Deutschen Fraktion Umstellung der Tagesordnung, Kommissionsberatung und Vertagung.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr vormittags: Anfragen, Interpellation, Fortsetzung, auswärtige Politik, Interpellation betreffend Reichs- und Verfassungsgesetz, Schuttschiff, Janusz, Interpellation des Zentrum betreffend die Wirtschaftsverhältnisse des selbständigen Gewerbes, Nachtragsetz. (Schluß 1 Uhr.)

Die Mehrheitsparteien, Kanzler und Vizekanzler.

Berlin, 8. Oktober. Der Reichstag beschloß die Fortsetzung der Erörterung der Interpellation gegen die alldeutsche Propaganda im Heere auf morgen zu verlegen und ferner die dritte Lesung des Nachtragsetzes betreffend den Zwischenposten abzuschließen und an den Hauptausgang zurückzuführen. Das Haus vertagte sich bis Dienstag.

T. U. Berlin, 8. Oktober. Die Beziehungen zwischen den Fraktionen im Reichstag haben zu einem gemeinsamen Beschluß der Parteien des Zentrums, der Sozialdemokraten, der fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalisten herbeigeführt, daß vom Reichskanzler umfassende Erklärungen dahingehend gefordert werden sollen, daß jede politische Agitation im Heere und jede Förderung der Vaterlandspartei durch militärische Behörden unbedingt verboten sein soll. In der eschschöpfungstage frage ist eine Klärung nicht selbst herbeigeführt worden. Der Reichstag, dessen jährige Tagung noch im Laufe dieser Woche beschließt, wird dann Ende November wieder zusammentreten. In der Zwischenzeit wird die Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des parlamentarischen Verhältnisses Eschschöpfungsgesetz zum Reichstag und die Reichsregierung wird abseits dem Reichstag entsprechende Erklärungen geben.

Berlin, 8. Okt. Der Reichstag am Reichtagestag trat heute vor der Sitzung der Volksversammlung zu einer Besprechung der Geschäftsfrage zusammen und einigte sich dahin, heute in der Beschlusse Sitzung zunächst die Punkte der Tagesordnung, Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen und Änderung des Reichs-Stempelgesetzes zu beraten. Es sollen folgen Punkt 9 und 10 der Tagesordnung, 2. Nachtrag zum Reichsstaatsgesetz für 1917 und 4. Ergänzung des Beibehaltungsgesetzes. Diese beiden Gesetzentwürfe sollen inoffiziell beraten werden, vielmehr wird ein Antrag gestellt werden, sie an den Hauptausgang zurückzuverleihen. Der Rest der heutigen Tagesordnung soll nach einer zu erwartenden voranschreitenden Geschäfts-erörterung-Erörterung — als Tagesordnung für die morgige Sitzung festgesetzt werden, die um 10 Uhr beginnen wird. Als erster Punkt die Fortsetzung der Sitzungen am morgigen Beratung der Interpellationen hinsichtlich des für morgen die Aussprache über die äußere Politik.

Deutsches Reich.

Reorganisation der Übergangswirtschaft.

Berlin, 8. Oktober. Eine aus amtlichen Quellen schöpfende Berliner Nachrichtenstelle teilt mit, daß infolge der Errichtung eines Reichswirtschaftsamtes die sämtlichen Mitarbeiter des Reichskommissars für Übergangswirtschaft einstimmig dem Reichswirtschaftsamt ihre Vertretung zu stellen, um ihm die Möglichkeit zu geben, das Reichswirtschaftsamt völlig unabhängig von der bestehenden Organisation zu gestalten. Das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft wird in das Reichswirtschaftsamt eingegliedert werden, und zwar nicht als selbständige Abteilung, sondern es wird eine Verknüpfung mit der wirtschaftspolitischen Abteilung des neuen Reichsamtes stattfinden, wodurch eine einheitliche Bearbeitung aller Fragen der Kriegs-, Übergangswirtschaft und Friedenswirtschaft erreicht wird.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, der die gewerkschaftlich organisierten Verbände der kaufmännischen, technischen und Verwaltungsbereiche angehören, hat im Verlaufe des Krieges für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Angestelltenverbände einen Vorschlag für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände gemacht. Die nach dem Krieg bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Angestelltenverbände sollen durch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände erfüllt werden, bis der Ausschuss sich schlüssig geworden sei. Graf Welser (Konf.) Ich muß diesen Vorschlägen widersprechen. Das augenblickliche Bild der Reichstags-Verhandlungen muß nach außen die Wirkung erwecken, als ob Konflikte und Spannungen beständen, und das wäre im Interesse des Landes zu beklagen. Die Verhältnisse sind vollkommen geklärt. Ein Bedürfnis für nachträgliche Kommissionsberatungen können wir nicht anerkennen.

Ausland.

Ausländer in Paris.

Paris, 7. Okt. Der allgemeine Ausländer der Transportsarbeiter wurde heute Nacht beschlagnahmt. Eine gewisse Anzahl von Ausländern mußten verhaftet werden. Die Arbeiterzeitung erklärt, daß der Ausländer vorläufiglich am Montag zu Ende sein werde, wenn den Ausländern ihre Forderungen bewilligt würden. Eine 12 Wagen sind ausgefahren. Eine Abordnung unter der Führung des Vorsitzenden des Transportsarbeiterverbandes Guineard begab sich zu Raines.

Paris, 7. Okt. (Agence Havas.) Nach polizeilicher Feststellung sind bei der Umwidmung 3000 Angestellte ausständig. In einigen Depots ereigneten sich Zwischenfälle.

Provinzial-Nachrichten.

5-Jahr-Zahlenbuch für den Regierungsbezirk Erfurt.

Erfurt, 8. Oktober. Der Erfurter Regierungspräsident ordnet für den ganzen Regierungsbezirk an, daß eine Be-

Sonnen- u. Okt. (Die goldene Hochzeit) feierte

Meiningen, 8. Okt. (Ein Wechsel über 150 000 M.)

Meiningen, 8. Okt. (Jagd ausübend der Lehrer.)

Delfau, 8. Okt. (Knappe Fischzufuhren.)

Dommitzsch, 8. Okt. (Feuer.)

St. Andreasberg, 8. Okt. (Für den verstorbenen

Urfeld, 8. Okt. (Heizungs-Unterstützung.)

Seeburg, 8. Okt. (An dem Proseß mehrerer Ver-

Städtisch bei Birna, 8. Okt. (Aufsehenerregende

Vermischtes.

Die Zeitunfallkatastrophe in Lötze.

W. B. Lötze, 7. Oktober. (Neuer-Meldung.) Die Züfte

Derzeitige Schme. Aus Jena und gemeldet: Auf dem

Feuergefahr mit Einbrechern. Eine langanhaltende

Einbruch in ein Lichterberg-Juwelengeschäft. In der

Die Diebe erkranken das zur Zeit neben dem Laden

ein großes Loch in der Wand zum Laden aus. Dann stiegen

Ein Brief, der 41 Jahre unterwegs war. Kürzlich kam an

Ein französischer Dampfer untergegangen. „Progrès de

Letzte Depeschen.

Rede des Reichskanzlers im Hauptausfluß.

WTB. Berlin, 8. Okt. Im Hauptausfluß des Reichs-

Für alle Reichs- und politischen Beamten gilt politische

Auch im Heere wird jede politische Agitation ausge-

WTB. Berlin, 8. Oktober. Am Vormittage des 7. Okt.

Englische und französische Angriffe blutig ab-

WTB. Berlin, 8. Oktober. Am Vormittage des 7. Okt.

In der Arzengasse nahm die Artillerietätigkeit heider-

Auf dem Dlüster der Waas feigerte sich das feindliche

Im unteren Gerch wurden zwei weitere feindliche Pa-

Im oberen Gerch wurden zwei weitere feindliche Pa-

Im unteren Gerch wurden zwei weitere feindliche Pa-

Im unteren Gerch wurden zwei weitere feindliche Pa-

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Briefkennzeichnungs-Geld.

Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache eröffnete

Devisenkurse.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen

Table with columns: New York, London, etc. and rows for various currencies and exchange rates.

Geldkurs.

Berlin, 8. Oktober. Der Warenverkehr bewegte sich

Das Niederösterreichische Kotsyndikat hat den Preis für nieder-

Silberausgabe der Zugsanleihefabrik. Nach einer Briefe über

Waren-Commissions-Dank in Hamburg. Der Aufsichts-

Nachschub von Holz. Holzern-Gewinn in Grimma. Der

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. In dem Prospekt über

Der Verband Deutscher Aindertagen-Verfahren und ver-

Verband deutscher Zirkelvereine. W. uns aus Praktise

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache

Stabs- u. Oktober. Berlin, 8. Oktober. Die neue Geschäftswache